

**Betreff:** [NI-kommunal] DIE LINKE. Kommunalnewsletter 153 vom 25.10.2013

**Von:** "Bundestagsfraktion DIE LINKE. AG Kommunalpolitik" <felicitas.weck@linksfraktion.de>

**Datum:** 25.10.2013 18:12

**An:** nl-kommunal@info.die-linke.de

# Kommunal-Newsletter AG Kommunalpolitik



Nr. 153 - 25. Oktober 2013

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE übermitteln wir Euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen.

Wir bieten Euch eine breite Palette von Themen und Informationen an, damit sich jede/r das raussuchen kann, was sie/er unmittelbar für ihre/seine Arbeit braucht. Es muss also nicht immer alles unbedingt gelesen werden. Die Überschriften und kurzen Anreißertexte ermöglichen es Euch, einen schnellen Überblick zu erhalten und dann eine Auswahl zu treffen.

Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet.

Bei der Übersendung über den Mailserver verzichten wir auf das Anhängen des Newsletters. Dafür archivieren wir den Newsletter unter der Adresse <http://die-linke.de/politik/kommunal/kommunalnewsletter/>.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Felicitas Weck

### **Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE**

**28. Oktober 2013 Kassel**

**Der Verkäuferin einen guten Lohn!**

<http://www.linksfraktion.de/termine/verkaeuferin-guten-lohn/>

**2. November 2013 Berlin**

**Beratung der BAG Kommunalpolitik**

[http://www.die-linke.de/fileadmin/download/termine/2013/131102\\_bag\\_kommunal\\_einladung.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/termine/2013/131102_bag_kommunal_einladung.pdf)

anschließend

**Für LINKS im Amt und Verleihung des Preises „Kommune 2020“**

## Inhaltsverzeichnis

1. Bundesweite Konferenzen
2. Parlamentarische Initiativen
3. Demokratie
4. Sport
5. Kommunale Finanzen
6. Daseinsvorsorge
7. Arbeit und Soziales
8. Kinder, Jugend und Familie
9. Ländlicher Raum
10. Verkehr
11. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung
12. Umwelt, Energie und Klimaschutz
13. Kultur
14. Verschiedenes
15. Veranstaltungen
16. Veröffentlichungen
17. Kontakte

Treffen des Parteivorstandes mit Amtsträgerinnen und Amtsträgern der LINKEN  
<http://www.die-linke.de/politik/kommunal/termine/fuerlinksimamt2013/>

**10. November 2013**

**Die Rede des Alterspräsidenten Stefan Heym -Erinnerung an die Geschichte einer politischen Intrige**  
<http://www.linksfraktion.de/termine/rede-alterspraesidenten-stefan-heyml/>

### **Parlamentarische Initiativen der Linksfraktion im Bundestag**

#### **Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE**

Mögliche Datenschutzprobleme im Rechtsbereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/135/1713597.pdf>

Arbeitsunfähigkeitsmeldungen bei Erwerbslosigkeit  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/136/1713637.pdf>

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der BRD im Mai 2013  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/143/1714354.pdf>

Soziale Situation der Leistungsberechtigten beim Langzeitbezug von Hartz-IV-Leistungen  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/144/1714464.pdf>

Flüchtlinge aus Lampedusa in Hamburg  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/144/1714432.pdf>

Unvollstreckte Haftbefehle gegen Neonazis (Juli 2013)  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/145/1714568.pdf>

Stattgefunden und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand: zweites Quartal 2013)  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/145/1714570.pdf>

Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714633.pdf>

Mobilfunktechnik und Gesundheitsschutz  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714646.pdf>

Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr einschließlich Werbung an Schulen im Jahr 2012

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714703.pdf>

Fiskal- und steuerpolitische Maßnahmen zur Aufbauhilfe der durch das Hochwasser im Mai und Juni 2013 verursachten Schäden

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714769.pdf>

Vorschläge zur Künstlersozialkasse im Rahmen des Projekts Optimierte Meldeverfahren in der sozialen Sicherung

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714771.pdf>

Altersarmut nach Familientyp

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714774.pdf>

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der BRD im August 2013

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/148/1714816.pdf>

## **Kommunaldatenbank**

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an [felicitas.weck@die-linke.de](mailto:felicitas.weck@die-linke.de).

Neu eingestellt wurde:

- Höhe der Dispozinsen bei der Kreissparkasse begrenzen

## **Demokratie**

### **Aktionstag für Kinderrechte**

Zum Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November rufen UNICEF Deutschland und der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, unter dem Motto „Ich hab immer Rechte“ bundesweit zu Aktionstagen für Kinderrechte an Schulen auf. Zur Vorbereitung stellt UNICEF umfangreiches Informations- und Unterrichtsmaterial zur Verfügung [www.aktionstag-kinderrechte.de/](http://www.aktionstag-kinderrechte.de/)

### **Bernau: Bernauer Bürgerentscheid zum Straßenausbau erfolgreich**

Anliegerstraßen dürfen ab 1. Januar 2014 in Bernau nur noch ausgebaut werden, wenn die Mehrheit der Anwohner\_innen das will. Der Bürgerentscheid zu diesem Thema war am Sonntag erfolgreich. Eine große Mehrheit sprach sich für die Regelung aus - und auch das nötige Quorum wurde erreicht. [RBB-online berichtet.](#)

## **Sport**

## **Fördermittel für Sportverbände mit Ideen für mehr Naturschutz**

Sportverbände mit guten Ideen für mehr Naturschutz können sich im Rahmen eines Förder- und Ideenwettbewerbs bis zum 25. November 2013 für das Projekt bewerben. Die Gewinnerprojekte gehen dann 2014 in die Umsetzung. Für das zweijährige Modellprojekt, das im Rahmen des Bundesprogramms „Biologische Vielfalt“ vom DOSB durchgeführt und vom Bundesamt für Naturschutz als Bewilligungsbehörde fachlich begleitet wird, stellt das Bundesumweltministerium insgesamt 238.000 Euro zur Verfügung.

## **Fußball mobil für alle Fans: Der Reisebegleiter für einen barrierefreien Stadionbesuch**

Auswärtsspiele sind für viele Fans eine Pflicht, für einen Fan mit Behinderung jedoch häufig ein enormer Planungsaufwand. Der vorliegende Reiseführer soll helfen, diesen Aufwand zu reduzieren und den Stadionbesuch zu erleichtern. Er enthält Informationen zur barrierefreien An- und Abreise, zum Stadion, zu Ansprechpartnern und Sitzplätzen sowie allgemein Wissenswertes zu der jeweiligen Stadt. [www.barrierefrei-ins-stadion.de](http://www.barrierefrei-ins-stadion.de)

## **Kommunale Finanzen**

### **Sammelklage gegen Stärkungspakt**

49 NRW-Kommunen wollen gemeinsam gegen die Solidaritätsumlage klagen. Dies ist das Ergebnis des von der Stadt Düsseldorf initiierten „Kommunalgipfels“. Der Neue Kämmerer berichtet.

### **Gemeindefinanzbericht 2013: Sorge über zunehmende Unterschiede bei der Finanzlage der Kommunen – finanzielle Mindestausstattung nötig**

Die aktuelle Finanzlage der Kommunen zeichnet sich durch starke Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Regionen aus. Städten mit guten Einnahmen stehen Städte gegenüber, denen eine Negativspirale droht. Ihnen fehlt Geld für notwendige Investitionen, während die Sozialausgaben und die Verschuldung steigen. Bundesweit haben die kommunalen Kassenkredite ein Volumen von 48 Milliarden Euro überschritten. Der Deutsche Städtetag hat dazu eine Pressemitteilung sowie Schlaglichter zum Gemeindefinanzberichtes veröffentlicht.

## **Daseinsvorsorge**

### **Nichtbesteuerung für hoheitliche Aufgaben weiterhin sachgerecht**

„Die derzeitigen Mehrwertsteuervorschriften für öffentliche Behörden und Unternehmen halten wir nicht für grundsätzlich reformbedürftig. Das gilt insbesondere für den Aspekt der Steuerneutralität. Die Regeln sind aus unserer Sicht geeignet, dort eine steuerliche Gleichbehandlung zwischen privatem und öffentlichem Sektor sicher zu stellen, wo die beiden Bereiche auch im Übrigen unter gleichen Voraussetzungen tätig werden.“ so eine Stellungnahme aus dem VKU.

### **Privatisierungsbremse für Leipzig?**

Eine Initiative will den Verkauf kommunalen Eigentums erschweren und sammelte Unterschriften für Bürgerbegehren. Mehr dazu in der Jungen Welt.

## **Arbeit und Soziales**

### **Inforeader des CV zum Beitragsschuldengesetz und Umgang damit**

Harald Thomé weist darauf hin, dass es bis Ende Dez. 2013 es ein einmaliges Zeitfenster für bisher nicht

gesetzlich Versicherte gibt, einen Erlass sämtlicher GKV Schulden zu erhalten. Ebenso sind Säumniszuschläge per Gesetz von 5 % auf 1 % zu reduzieren. Der CV hat dazu eine Infobroschüre zusammengestellt, die dir neuen gesetzlichen Regelungen in verständlicher Weise erklärt und ermöglicht einen schnellen und anschaulichen Überblick ermöglicht.

Dazu noch ein Hinweisschreiben des Bundesgesundheitsministeriums vom 19.09.2013, welches die Regeln nochmal zusammenfasst.

### **Keine Anrechnung des Betreuungsgeldes auf Hartz IV**

Hartz-IV-Beziehende, die ihr Kleinstkind nicht in die Kita geben, müssen Betreuungsgeld beantragen. Mehr Geld haben sie trotzdem nicht zur Verfügung. Die 100 Euro werden angerechnet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) hatte diese Praxis in einem offenen Brief an Bundesministerin Dr. Kristina Schröder und Bundesministerin Ursula von der Leyen moniert.

### **LSG NRW: EU-Bürger\_innen, die lange genug in Deutschland leben und nach Arbeit suchen, haben Anspruch auf ALG II**

Das LSG NRW spricht mit Urteil vom 10.10.2013 - L 19 AS 129/13) einer rumänischen Familie den Anspruch auf Hartz-IV zu. Mit diesem erfreulichen Urteil stellt das LSG NRW klar, dass Menschenrechte und das Recht auf physisches Existenzminimum auch auf Armutszuwanderer anzuwenden ist. Denn "Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG garantiert ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (vgl. BVerfGE 125, 175).

### **Hartz-IV-Betroffene haben Recht auf Nachhilfe**

Schüler\_innen aus Familien, die von Hartz IV betroffen sind, können eine dauerhafte Übernahme der Kosten für Nachhilfeunterricht verlangen. Das entschied das Sozialgericht Braunschweig in einem am 22.10.2013 veröffentlichten Urteil. Die Richter gaben einem 16-Jährigen Recht, dem das Jobcenter nach einem Jahr die Englisch-Nachhilfe nicht mehr bezahlen wollte. Zu einem menschenwürdigen Existenzminimum gehöre, dass die staatliche Grundsicherung den Bedarf eines Schulkindes auf Lernförderung hinreichend abdecke, urteilte das Gericht. Neues Deutschland berichtet.

### **Umfassende SGB II-Änderungen geplant**

Harald Thomé: Unter Federführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die massive Änderungen und auch Verschärfungen zum SGB II plant. Dazu gibt es eine erste Veröffentlichung mit der die Änderungen unter dem Motto: „Vereinfachung des passiven Leistungsrechts – einschl. des Verfahrensrechts – im SGB II“ dargestellt werden. Wer sich die Details anschaut, wird eine Vielzahl von Verschärfungen finden.

### **Bundessozialgericht kippt Wohnaufwendungsverordnung (WAV) Berlin für SGB XII**

Das Bundessozialgericht hat mit Urteil vom 17. Oktober 2013 die WAV Berlin für Empfänger\_innen von Leistungen nach dem SGB XII für unwirksam erklärt.

### **Kinder, Jugend und Familie**

### **Niedersachsen: Kita-Volksinitiative übergibt 100 000 Unterschriften**

Die Kita-Volksinitiative für kleinere Gruppen oder mehr Personal in Krippen und Kindertagesstätten hat eine wichtige Hürde genommen. [Die Neue Presse Hannover berichtet.](#)

## **Ländlicher Raum**

### **Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“**

Im Mittelpunkt der Ausschreibung zum 25. Bundeswettbewerb steht das Engagement der Dorfgemeinschaft, die Entwicklung des Ortes insgesamt voranzubringen, das es zu würdigen gilt. Die Dorfer beteiligen sich an dem vom jeweiligen Bundesland ausgeschriebenen Landeswettbewerb in der Regel zunächst auf Kreisebene. Im Jahr 2015 finden die Landesausschreibung statt. Die von den Bundesländern bestimmten Landessieger nehmen am Bundesentscheid 2016 teil. Am 24. Bundeswettbewerb haben rund 2600 Dörfer teilgenommen. [Hier dazu mehr.](#)

## **Verkehr**

### **EU-Preis für nachhaltige städtische Mobilitätspläne**

Im Rahmen ihrer Kampagne „Wähle den richtigen Mix“ zur Förderung nachhaltiger städtischer Mobilität hat die Europäische Kommission zum zweiten Mal den „Sustainable Urban Mobility Plan Award“ ausgelobt. Zentrales Ziel ist es, einen effizienteren Personen- und Gütertransport bei gleichzeitig sinkenden Lärm- und Schadstoffemissionen zu erreichen. Kommunale und regionale Behörden können sich mit ihren Konzepten zur Mobilitätsplanung am Wettbewerb beteiligen (Einsendeschluss 01.11.2013). [Hier dazu mehr.](#)

### **ÖPNV zum Nulltarif**

Rund hundert Millionen Euro pro Jahr entgehen den staatlichen Pariser Verkehrsbetrieben RATP, weil viele schwarz fahren. RATP-Chef forderte deshalb Anfang Oktober höhere Strafen. Etwa 20 französische Städte gehen deshalb inzwischen einen anderen Weg: Dort ist der öffentliche Nahverkehr gratis, wie zum Beispiel in der südfranzösischen Stadt Aubagne. [Der Spiegel berichtet.](#)

### **Viele kommunale Straßenbrücken müssen bis 2030 neu gebaut werden**

Die rund 67.000 Straßenbrücken, für die die Kommunen zuständig sind, befinden sich häufig in schlechtem oder gerade noch ausreichendem baulichen Zustand. Nach einer aktuellen Studie des Difu müssen viele dieser Brücken bis zum Jahr 2030 entweder saniert oder sogar komplett neu gebaut werden. Die dafür notwendigen Investitionsmittel beziffert das Institut auf rund 16 bis 17 Mrd. Euro. [Mehr dazu beim difu.](#)

## **Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**

### **Investitionsoffensive in städtebauliche Infrastruktur notwendig**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet von der neuen Bundesregierung eine Investitionsoffensive und eine deutliche Stärkung der städtebaulichen Infrastruktur. Der Investitionsrückstand bei der kommunalen Infrastruktur, insbesondere bei Schulen, Straßen und Plätzen, aber auch im Bereich der Breitbandversorgung und der

Kanalisation, wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf ca. 128 Milliarden Euro beziffert. [Hier dazu mehr.](#)

## **Kultur**

### **Bericht zur Lage der Bibliotheken 2013**

Der Deutsche Bibliothekenverband (dbv) hat ein Ende der Sparmaßnahmen für öffentliche Bibliotheken gefordert. »Wir sehen, dass sich in einem wirtschaftlich starken Land wie Deutschland die Finanzlage der öffentlichen Bibliotheken auf einem niedrigen Niveau eingependelt hat«, sagte die [dbv-Geschäftsführerin](#) Barbara Schleihaugen am Dienstag in Frankfurt am Main.

## **Umwelt, Energie und Klimaschutz**

### **Änderung der UVP - EU-Parlament will Ausnahmen beim Fracking**

Das Europaparlament will Bauprojekte künftig stärker auf ihre Folgen für die Natur prüfen lassen. In der Debatte am Dienstag stand allerdings ein Thema im Vordergrund: Sollen Schiefergasprojekte ebenfalls in allen Phasen auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden? Im Ergebnis konnten Konservative und Liberale Ausnahmen für Bohrungen zur Vorbereitung von Fracking mit 335 zu 305 Stimmen durchsetzen. [Neues Deutschland berichtet.](#)

### **Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen**

Kommunaler Klimaschutz ist ein Schwerpunkt [der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums](#). Seit 2008 hat das BMU mit der Kommunalrichtlinie mehr als 5000 Klimaschutzprojekte in über 2500 Kommunen unterstützt. Ab dem 01. Januar 2014 können interessierte Kommunen sowie kulturelle und soziale Einrichtungen ihre Anträge bei einem noch bekannt zu gebenden Projektträger einreichen.

### **Mit „Wähl-Dein-Klima“ zum Klimaschutzprojekt**

Der Verein „*Wähl-Dein-Klima*“ will gute Klimaschutzideen möglich machen, die häufig wegen Finanzierungsschwierigkeiten in der Schublade bleiben. Mitmachen können gemeinnützige Vereine und öffentliche Einrichtungen wie etwa Schulen. Einzige Voraussetzung ist eine überzeugende Projektidee zur Kohlendioxid- oder Energieeinsparung. Dabei kommt alles in Frage – angefangen vom Austausch ineffizienter Altgeräte über den Austausch von Wärmepumpen bis zur Erschließung regenerativer Energien. [www.waehl-dein-klima.de/](http://www.waehl-dein-klima.de/)

### **Halle nun „Recyclingpapierfreundlichste Stadt Deutschlands“**

Halle an der Saale hat den Papieratlas-Städtewettbewerb gewonnen, weil die Stadt sowohl in der Verwaltung als auch in Schulen ausschließlich Papier mit dem Blauen Engel verwendet. Der Wettbewerb wird seit 2008 jährlich von der Initiative Pro Recyclingpapier in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Umweltbundesamt durchgeführt. [www.papieratlas.de/](http://www.papieratlas.de/)

### **Hannover prüft 400 Straßennamen**

Tragen Straßen in Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover noch immer Namen von Männern und Frauen, die

dem Hitlerregime nahe standen, es sogar unterstützten? Die Stadtverwaltung will diese Frage durch Wissenschaftler klären lassen. [Neues Deutschland berichtet.](#)

### **Erste blindengerechte Lehrküche in Berlin eingeweiht**

Ein Ort der Begegnung und Geselligkeit solle die Küche werden, nicht nur zwischen Blinden, sondern auch mit Sehenden... Fast 50 000 Euro hat schließlich die Küche gekostet. Knapp 40 000 Euro davon steuerte die Senatssozialverwaltung bei. Fast 7 000 Euro legte noch die Berliner Sparkasse drauf, der Rest wurde aus Eigenmitteln finanziert. Mehr dazu [in Neues Deutschland.](#)

### **Änderung der Friedhofssatzung in der Gemeinde Salem**

Es dürfen keine Grabsteine und Grabsteinfassung mehr aufgestellt werden, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden. Möglich wurde dies, nachdem 2012 das Bestattungsgesetz des Landes Baden-Württemberg geändert wurde. Es erlaubt Kommunen, in ihren Friedhofssatzungen ausschließlich die Nutzung von Grabsteinen zuzulassen, die nachweislich aus Fairem Handel stammen und an deren Gewinnung, Herstellung und Verarbeitung keine Kinder beteiligt waren. Nach Schätzungen des Deutschen Naturwerkstein-Verbandes stammen 40 bis 50 Prozent aller in Deutschland angebotenen Grabsteine aus Indien, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt oder bearbeitet werden. [www.salem-baden.de/](http://www.salem-baden.de/)

### **BVerfG: Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit in städtischer Friedhofssatzung nur aufgrund gesetzlicher Regelung**

Die Entscheidung des BVerfG gilt für alle Bundesländer, die das nicht entsprechend in ihre Gesetze eigearbeitet haben – siehe positives Beispiel oben der Gemeinde Salem. Das BVerfG hält zwar das Ziel der Regelung in der Nürnberger Satzung für legitim, kritisiert aber die Ausführung. Wegen des Grundrechtsbezugs darf eine solche Regelung laut BVerfG nicht in einer Satzung stehen, sondern müsste in einem Gesetz, z.B. Gemeindeordnung geregelt werden. Außerdem müsste in dem Gesetz festgelegt werden, wie der Nachweis, dass keine Kinderarbeit vorliegt, zu erbringen ist. Wenn nun auf Landesebene eine entsprechende gesetzliche Regelung bestehen würde, hätte die Entscheidung des BVerfG auf dieses Land keine Auswirkungen. [Mehr dazu hier.](#)

### **Vierter Weltkongress des Weltverbandes der Kommunen**

Der vierte Weltkongress des Weltverbandes der Kommunen „United Cities and Local Governments“ (UCLG) brachte rund 3.000 führende kommunale und regionale Vertreterinnen und Vertreter aus aller Welt in der marokkanischen Hauptstadt zusammen. Unter dem Motto „Imagine Society, Build Democracy“ diskutierten sie über die Verbesserung der Lebensqualität durch bessere kommunale Dienstleistungen, den dritten UCLG-Weltbericht über Dezentralisierung und lokale Demokratie sowie die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und den Nachfolgeprozess ab 2015. [www.rabat2013.uclg.org/](http://www.rabat2013.uclg.org/)

### **Veranstaltungen**

**Alle kommunalpolitisch interessanten Termine sind [hier](#) eingestellt:**

**Neu:**

**23. November 2013**

**Konferenz „Die nützliche Armut“, am 23. Nov. in Wuppertal**

Veranstalter: [Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.](#)

Ort: Wuppertal



**30. November 2013**

## **Mehr Frauen in der Kommunalpolitik**

Veranstalter: Kommunalpolitisches Forum Thüringen e. V.

Ort: Eisenach

## **Veröffentlichungen**

### **8|2013 Städtetag aktuell**

Aus dem Inhalt:

- Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren ist weiter gestiegen – Ausbau dauert an, Bedarf wächst weiter
- Vorbeugenden Hochwasserschutz verstärken – Katastrophenschutz weiterentwickeln
- Articus: "Bei der Finanzlage der Kommunen ist keineswegs alles im Lot"
- Die zehn Hauptforderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

Städtetag aktuell kann [hier](#) herunter geladen werden.

### **Erwartungen der kommunalen Spitzenverbände an die neue Bundesregierung**

Deutscher Städte- und Gemeindebund: [http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Homepage/Reform\\_okt13.pdf](http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Homepage/Reform_okt13.pdf)

Deutscher Städtetag: [http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/beitraege\\_stadtpolitik/beitraege\\_zur\\_stadtpolitik\\_100\\_erwartungen\\_2013.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/beitraege_stadtpolitik/beitraege_zur_stadtpolitik_100_erwartungen_2013.pdf)

Deutscher Landkreistag: [http://www.kreise.de/\\_cms1/images/stories/publikationen/bd-114.pdf](http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/publikationen/bd-114.pdf)

### **Die kommunale Sammlung von Altkleidern - Handlungshilfe für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger**

Hrsg. Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Die Sammlung und Verwertung von Alttextilien hat sich zu einem stark umkämpften Feld der Entsorgungswirtschaft entwickelt. Viele Kommunen bauen eigene Alttextilsammlungen auf, sehen sich bei der konkreten Ausgestaltung jedoch einer Vielzahl von rechtlichen und operativen Fragen gegenüber. Die vorliegende Publikation bietet Kommunen eine praxisorientierte Hilfestellung zum Aufbau von Alttextilsammlungen, wobei das Zusammenspiel zwischen Abfallrecht, Straßenrecht und Vergaberecht einen Schwerpunkt bildet. Zudem wird auf die Kooperationsmöglichkeiten zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und gemeinnützigen Sammlern eingegangen. Die Publikation kann bestellt werden unter: [www.vku.de/altkleider](http://www.vku.de/altkleider)

### **Broschüre zu den 150 ersten Fairtrade-Towns**

Im Januar 2009 startete die Kampagne Fairtrade-Towns in Deutschland. Was seitdem passiert ist und mit welchem Engagement die ersten 150 Fairtrade-Towns entstanden sind, zeigt schlaglichtartig die Broschüre „Von 0 auf 150“, die der Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V., TransFair, herausgegeben hat. Die 24-seitige bunt bebilderte Broschüre [kann im Internet bestellt oder heruntergeladen werden](#).

### **Leitfaden zum Projekt „Hier zur Zwischenmiete: BioRegioFair“**

Das forum für internationale entwicklung + planung (finep) hat in einem Leitfaden die Erfahrungen aus dem Projekt „Hier zur Zwischenmiete: BioRegioFair“ gebündelt. Im Rahmen des Projektes wurden die Schaufenster leer

stehender Geschäfte in fünf Modellkommunen „zur Zwischenmiete“ für Bildungsmaterialien zum nachhaltigen Lebensmittelkonsum genutzt und gemeinsam mit lokalen Akteuren attraktiv gestaltet. Der Leitfaden enthält Hintergrundinformationen zur Methode sowie Erläuterungen und Tipps zur Umsetzung einer entsprechenden Schaufensterausstellung. Dabei wird insbesondere auf die Einbeziehung und Vernetzung einer Vielzahl heterogener, lokaler Akteure eingegangen. Der Leitfaden steht im Internet zum Download bereit.

## **Kontakte**

### **Katrin Kunert**

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: [katrin.kunert@bundestag.de](mailto:katrin.kunert@bundestag.de)

### **Dr. Petra Brangsch**

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: [katrin.kunert.ma02@bundestag.de](mailto:katrin.kunert.ma02@bundestag.de)

### **Felicitas Weck**

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Funk: 0174 9122351

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: [felicitas.weck@linksfraktion.de](mailto:felicitas.weck@linksfraktion.de)

### **Patrick Wahl**

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: [patrick.wahl@linksfraktion.de](mailto:patrick.wahl@linksfraktion.de)

## **Hinweis**

Diesen Newsletter erhalten Sie entweder als Mitglied der Partei DIE LINKE mit kommunalpolitischem Mandat oder weil Ihre E-Mailadresse in unsere Mailingliste eingetragen wurde. Um das Abonnement zu ändern oder zu löschen schicken Sie eine Mail an [felicitas.weck@die-linke.de](mailto:felicitas.weck@die-linke.de) mit dem Betreff "Newsletterabo löschen"